

Stellungnahme des DGB Kreisvorstandes Greifswald/Wolgast zum Steinkohlekraftwerk Lubmin

Der DGB KV hat sich in seiner Sitzung am 6. November 07 mit der Problematik auseinandergesetzt und gibt folgende Stellungnahme dazu ab:

Der DGB Kreisvorstand Greifswald/Wolgast ist der festen Überzeugung, dass es notwendig ist, alles gegen den drohenden Klimawechsel zu unternehmen, was in unserer Kraft steht. In dieser Pflicht stehen auch die Gewerkschaften in besonderer Weise.

Aus diesem Grund lehnen wir die „Dinosauriertechnologie“, die in Lubmin- wenn auch auf dem neuesten Stand der Technik installiert werden soll, ab.

Lubmin ist eines von 25 neuen Kohlekraftwerken, die noch in Deutschland errichtet werden sollen, sechs sind bereits im Bau. Sind alle Kraftwerke gebaut, wäre Deutschland einsamer Spitzenreiter im Kohlekraftwerksbau. Die bescheidenen Vorgaben des Kyoto-Protokolls von 1997 könnten danach bereits nicht mehr erfüllt werden. Selbst unter optimalen Bedingungen würden jährlich 140 Millionen Tonnen klimaschädliches Kohlendioxid freigesetzt.

In Australien verstärkt sich unter dem Eindruck von Naturkatastrophen das Umweltbewusstsein. Es kam kürzlich es zu massiven Protesten gegen den Ausbau eines Kohleverladehafens.

Eine klimafreundlichere Politik in Australien könnte danach auch zu erheblichen

Verteuerungen/Verknappung des Rohstoffs Kohle führen.

Zudem verschlechtert der lange Transportweg die CO-2 Bilanzen erheblich.

Ein klares energiepolitisches Konzept ist weder bei der Bundesregierung, der Landesregierung M-V, noch der Stadt Greifswald erkennbar.

Wir halten deshalb die Einrichtung Runder Tische auf allen Ebenen, an denen ohne Tabu und Lobbyismus, Energiefragen diskutiert werden, um diese sozial und umweltverträglich zu lösen für erforderlich.

Wir sehen hier auch eine besondere Bedeutung der Gewerkschaften als große gesellschaftliche Kraft. Zurückhaltung und regionaler Mitgliederlobbyismus sind der falsche Weg, um an der Lösung nationaler und internationaler und inzwischen menscheitsbedrohender Probleme zu arbeiten.

Der KV Greifswald/Wolgast unterstützt die Schaffung von Arbeitsplätzen im Industriestandort Lubmin. Dies darf jedoch nicht zum Nachteil späterer Generationen und um **jeden** Preis erfolgen.

Mehr als bisher hoffen wir auf eine breite, gesellschaftliche Akzeptanz des Kampfes gegen den Klimawandel und appellieren an die Verantwortlichen in der Politik, wissenschaftliche Bedenken und die Sorgen der Bürgerinnen und Bürger ernster zu nehmen.

Wir erwarten auch von gewerkschaftlichen Funktionsträgern impulsgebende Diskussionen und öffentliche Stellungnahmen, die bei durchaus unbestrittener Arbeitsplatzschaffung auch die negativen Aspekte abwägen und Alternativen aufzeigen, die den umweltpolitisch hohen Ansprüchen von Gewerkschaften auch wirklich gerecht werden

Im Folgenden Abschnitt fassen wir nochmals Pro und Kontra zum Steinkohlekraftwerk zusammen.

Pro:

- Entstehung/Sicherung von Arbeitsplätzen in Bauphase (ca. 1000) und späterem Betrieb des Kraftwerks (ca.140)
- Investorenbindung/Werbung
- Technologische Neuerungen, die alten Kraftwerken in Wirkungsgrad und Schadstoffausstoß überlegen ist
- Kurzfristiger Beitrag zur Sicherung des Industrie- und Energiestandortes Lubmin

Kontra:

- erhebliche Einschnitte/Veränderungen bei Natur und Klima, z.B. Rodung von 175 ha Küstenwald, Verschlechterung des Mikroklimas in unmittelbarer Nähe des Kraftwerks
- zusätzliche Belastung der Kadettrinne durch erhöhten Schiffsverkehr (11 Schiffe pro Woche)
- bisher ungeklärte Ascheentsorgung (bei Entsorgung über Straßennetz ca. 350 LKW pro Woche)

- relativ kurzer Nutzungszeitraum (10-30 Jahre), zu erwartende Industriebrache ohne Verantwortlichkeiten
- erzeugter Strom wird in der Region nicht benötigt
- negative Folgen für das Artenspektrum, temporäres Absterben von Seetieren durch Sauerstoffmangel
- nicht unerhebliche, negative Auswirkungen auf die Gesundheit des Menschen, das Klima, Grundwasser und Luft (Selbstaussage Dong Energie)

Aus dem Schornstein des geplanten Kohlekraftwerks entweichen bei Normalbetrieb **trotz Filteranlagen** jährlich mindestens:

400 t Staub

500 kg Cadmium

500 kg Thallium

600 kg Quecksilber

1000 kg Arsen

2000 kg Nickel

6000 kg Blei

4000 t Schwefeloxide

4000 t Stickoxide

Hinzu kommen wie bereits erwähnt noch die verkehrsbedingten Zusatzbelastungen (u.a. Feinstaub durch Lkw's) für den Transport der Betriebsstoffe und die Entsorgung der Abfälle.

Besonders aus gesundheitspolitischen Erwägungen haben sich 140 Krefelder Ärzte zu einer Initiative gegen einen Steinkohlekraftwerksneubau in ihrer Region zusammen geschlossen und auf zu erwartende gesundheitliche Schäden durch Feinstaubbelastung aufmerksam gemacht.

Auszug:

Wir sind Ärzte! Wir möchten an dieser Stelle darauf aufmerksam machen, dass die heute schon - im Vergleich mit anderen Regionen Deutschlands - überdurchschnittlich kranke saarländische Bevölkerung durch das geplante Kohlekraftwerk weitere hohe gesundheitliche Schäden zu erwarten hat. Kinder und Ungeborene sind in besonderem Maße gefährdet, durch Umweltgifte gesundheitliche Schäden zu erleiden. Das Aufwachsen in einem Lebensraum mit hoher Schadstoffbelastung bewirkt Störungen der Organentwicklung. Für die Entwicklung der Atemwege bedeutet dies häufige Infekte und Entwicklung von chronischen Erkrankungen schon in frühen Jahren(z.B. Asthma bronchiale). Es bedeutet für Kinder Störungen in der Entwicklung des Immunsystems, eine Zunahme von Allergien und entsprechende gesundheitliche Folgeerkrankungen im Erwachsenenalter.

Besonders gefährdet sind auch ältere Menschen und Menschen, die bereits an einer kardiopulmonalen Erkrankung leiden. Sie müssen mit einer Verschlimmerung ihrer Erkrankung rechnen. Morbidität und Mortalität steigen nachweislich mit zunehmender Schadstoffbelastung.

Wir möchten darauf aufmerksam machen, dass unser saarländischer Lebensraum, Boden, Luft und Wasser durch die Schadstoffe und die Wärme die das Kraftwerk abgibt, zusätzlich in hohem Maße belastet wird. Wir treten dafür ein, gemeinsam mit vielen Kollegen und Kolleginnen, dass unser Lebensraum gesünder wird. Wir treten dafür ein, dass die Schadstoffbelastung verringert wird. So haben wir die Aussicht, wie z.B. Erfahrungen aus Irland bestätigen, dass sich die gesundheitliche Situation der Bevölkerung allein durch diese Maßnahme verbessert.

Der Anti –Steinkohlekraftwerkskampagne in den Alten Bundesländern haben sich inzwischen auch knapp 50 renommierte Wissenschaftler, u.a. ein Nobelpreisträger, angeschlossen.

Gleich falls warnte EU Energiekommissar Stavros die Bundesregierung vor dem Neubau von Steinkohlekraftwerken. Sie sind nach seiner Auffassung die „schmutzigsten und klimaschädlichsten Formen der Energiegewinnung“.

Neben Umweltverbänden/Initiativen, haben sich quer durch alle Parteien, Kommunalpolitiker Vorpommerns, Usedom und Rügens gegen den Bau ausgesprochen. Sie befürchten nicht zu Unrecht den Verlust der Anerkennung vieler Urlaubsorte als Seebad, Buchungsrückgänge bei Urlaubern und erhebliche Arbeitsplatzverluste im Tourismusgewerbe. Kritik kam ebenso vom Bischof der Pommerschen Evangelischen Kirche, H.-J. Abromeit , sowie dem Träger des Alternativen Nobelpreises, Prof. M. Succow

Der Hamburger Senat beispielsweise, lehnt weiterhin den Neubau eines Steinkohlekraftwerks in Moorburg ab, weil er „nachhaltig den Klimaindex der Hansestadt schädigt.“

Auch die Krefelder Bürgerschaft aus CDU, SPD und Grüner Vertretern , ursprünglich glühende Förderer eines Steinkohlekraftwerks, hat nach intensive Studie über die klimaschädlichen Auswirkungen eine Kehrtwende gemacht und lehnt den Bau nun kategorisch ab.

Resümee: Der Bau eines Steinkohlekraftwerks in der sensiblen, touristisch erschlossenen Urlaubsregion Vorpommern ist völlig inakzeptabel und steht im krassen Widerspruch zu den klimapolitischen Zielen zur Reduzierung des Treibhauseffekts. Es steht weiter im Widerspruch zur Zielsetzung der Landesregierung, M-V zu einem Urlaubs- und Gesundheitsland zu machen.

Es liegt auch in der Verantwortung der Gewerkschaften vernünftige Umweltpolitik einzufordern, Alternativen aufzuzeigen und gegebenenfalls Aktionen und Proteste zu unterstützen, die von der Mehrheit der Mitglieder und der Menschen in der Region getragen werden.

Wir rufen besonders die Wissenschaftler aller Bereiche der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald, die Ärzte der Hansestadt wie des Landkreises, aber auch in der Tourismuswirtschaft Tätige und alle anderen Bürger auf, sich sehr intensiv mit der Materie zu befassen und ihre Meinung deutlich zu vertreten!

Lothar Manthey

DGB Kreisvorsitzender